

Neues aus dem Neckartal und aus der Region

DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf
die-linke-rottenburg.de



September 2023

Trinkwasser ist Teil unserer Daseinsvorsorge Rottenburg braucht ein klares Konzept gegen Hitze und Starkregen

Wir erleben gerade einen Sommer der Wetterextreme und einen Vorgesmack auf das, worauf wir uns in den nächsten Jahrzehnten einstellen müssen: Erst Gluthitze mit großer Dürre in Natur und Landwirtschaft, dann Starkregen mit Überschwemmungen und Erdbeben. Über 8.000 Hitzetote gab es 2022 deutschlandweit.

Für den Anstieg des jahrelang gesunkenen Grundwasserspiegels bräuchte es jedoch einen wochenlangen Dauerregen. Dies belegt eine Studie der Landesanstalt für Umwelt: Seit der Jahrtausendwende ist das Reservoir an Grundwasser um 18 Prozent zurückgegangen, mehr als die Hälfte der Kommunen muss bis 2050 bei längeren Trockenperioden zu Defiziten in der Versorgung der Bevölkerung kommen.

In den Worten von Sylvia Fehler, Präsidentin der Regierungspräsidiums Karlsruhe: „Wir können nicht verhindern, dass Flüsse austrocknen, Fische sterben, die Schifffahrt beeinträchtigt wird oder Ökosysteme versagen.“ Wer versagt hier?

Auch der Bodensee führt nicht unbegrenzt Wasser. Aus ihm dürfen zwar täglich 670.000 Kubikmeter Wasser entnommen werden. Aber seit 2017

erhielten schon 65 Kommunen eine Absage auf ihren Wunsch, Mitglied zu werden, weil die aktuellen Mitglieder eine Garantie auf eine Höchstmenge Wasser haben.



Da die Bundesregierung eine Richtlinie der Europäischen Umweltagentur nicht umsetzt, die genaue Gesamtmenge an Wasser in Deutschland zu erfassen, weiß sie nicht einmal, über wie viel Grundwasser Deutschland verfügt und wer die größten Wasserverbrau-

cher sind: „Auf Bundesebene werden bisher keine Daten zum Grundwasserzustand erhoben,“ gibt das Bundesumweltministerium kleinlaut zu. Die Folge: Bis heute gibt es selbst in der neuen Nationalen Wasserstrategie von Bundesministerin Lemke keinen Vorrang der Bevölkerung auf Trinkwasser vor Konzernen.

Konkurrenzkampf ums Wasser

Laut Umweltbundesamt wurden im Jahr 2019 von den 20 Milliarden Kubikmetern allein vom Energiesektor 44,2 Prozent des gesamten Wassers verbraucht, vom Bergbau/ Gewerbe sowie von der öffentlichen Wasserversorgung jeweils 26,8 Prozent. Jedoch ist sauberes Wasser durch Pestizide, Mikroplastik und Medikamentenrückstände stark gefährdet. Die Industrie verbraucht rund die Hälfte des gesamten Wassers und konkurriert mit der Landwirtschaft um knapper werdende Vorräte. Besonders der Tagebau von RWE und LEAG sowie der Chemiekonzern BASF sind Hauptabnehmer der öffentlichen Wasserversorgung. Allein der Braunkohlekonzern RWE verbraucht pro Jahr 500 Mio. Kubikmeter Wasser, sprich 500 Milliarden Liter – und zahlt dafür fünf Cent pro Kubikmeter. >>>

Und weiter:

Die Jugendvertretung - Große Projekte und viel Potenzial Seite 4/5

Zementwerk Dotternhausen - „Erster juristischer Sieg“ des NUZ Seite 6

Rottenburg erwartet schwierige Haushaltsberatungen Seite 10



Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt! Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt! Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt!

Vor Aldi und Edeka ist die Schwarz-Gruppe mit Lidl und Kaufland der größte Betreiber von Mineralbrunnen in Deutschland – und macht damit ein Milliardengeschäft. Denn 2019 wurden für die Herstellung von Mineralwasser fast 35 Mio. Liter Grundwasser genutzt, das die Discounter aus unterirdischen Brunnen fast kostenlos bekommen, in (Plastik-)Flaschen abfüllen und teuer vermarkten. Seit 1970 hat sich der private Pro-Kopf-Verbrauch von Mineralwasser mehr als verzehnfacht! Kein Wunder, dass Coca-Cola pro Jahr 350 Mio. Liter Wasser zusätzlich fördern wollte. Aber der große Protest von rund 150.000 Bürgern verhinderte diesen Raubbau an unserem Allgemeingut.

Trinkwasser ist Daseinsvorsorge

Wasser ist die Lebensgrundlage auf unserem Planeten. Deshalb müssen wir sorgfältig damit umgehen und Vorsorge für Trinkwasser und Nahrungsmittel treffen. **Unser Trinkwasser wird zu 72 Prozent aus Grundwasser gewonnen. Ende 2020 beschloss erst das EU-Parlament, im November 2022 der Bundestag ein Gesetz, der die Bereitstellung von Trinkwasser zur „Aufgabe der Daseinsvorsorge“ erklärt.** Nach dem neuen Wasserhaushaltsgesetz (Januar 2023) muss allen Bürgern „im öffentlichen Raum der Zugang zu qualitativ hochwertigem Trinkwasser ermöglicht werden“. Während in Tübingen fünf neue Brunnen in der Altstadt geplant werden, ist es ein Armutszeugnis der Rottenburger Verwaltung, ein neues Trinkwasserkonzept abzu-

lehnen, weil der Aufbau weiterer Trinkwasserbrunnen „gerade aus hygienischen Gründen sehr aufwändig“ sei. Es gebe ja schon einen (!) vor der Zehntscheuer (Sulzauer Hof 7) und jeder könne ja von zu Hause eine volle Trinkwasserflasche mitnehmen.

beim Strom eine gesicherte Menge Wasser zu einem ermäßigten Preis erhalten. Beides darf nicht abgestellt werden.

Nicht einzusehen ist, dass Privathaushalte bis zum Zehnfachen vom Preis für die Industrie zahlen müssen.

Entscheidend für die Sicherung des Grund- und damit des Trinkwassers ist, dass wir mit der Versiegelung der Böden aufhören und nur so viel Grundwasser verbrauchen, wie neu gebildet wird. Regenwasser versickert langsam in unversiegelte Böden und wird zu Grundwasser. Sind die Böden versiegelt, kann das Regenwasser nicht aufgenommen werden und wird zu rasant fließenden Sturzbächen. Das Ahrtal sollte uns eine Lehre sein!



Das versteht die Stadtspitze unter Daseinsvorsorge! In manchen Städten werden bei Hitze aus fahrbaren Kiosken kostenlose Wasserflaschen verteilt. In mehreren Städten (Straubing, Wien, Freizeitpark Tripsdrill) strömt bei Hitze aus hohen Ständern Sprühnebel, weil damit die Umgebungstemperatur um 10 Grad gesenkt werden kann. Da sich bei Hitze unsere städtischen Betonwüsten aufladen, sollten wir in unserer Stadt mehr Bäume für Schatten anpflanzen und Brunnen wieder aktivieren.

Trinkwasser – eine soziale Frage

Grundsätzlich ist Wasser ein Menschenrecht. Also muss jeder Haushalt wie

Eine Versiegelung des Flugfeldes Baisingen/ Eutingen gefährdet das niedrig gelegene Ergenzingen. Jede weitere Flächenversiegelung in Rottenburg muss vorab auf seine Folgen für das Grundwasser geprüft und eventuell gestoppt werden.



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“
Rottenburg

Eilmeldung!

Landratsamt genehmigt Steinbruch-Erweiterung Hirrlingens Bürgermeister prüft Klage

Trotz des großen Bürgerprotests hat das Landratsamt Tübingen auf Antrag der Bau-Union die Erweiterung des Steinbruchs Frommenhausen genehmigt. Die Anwohner und die Bevölkerung Hirrlingens kann die nächsten acht bis zwölf Jahre mit täglich 250 LKW-Fahrten rechnen. Menschliche Gesundheit und Erhalt der Landwirtschaft und der Natur mit ihrer Artenvielfalt zählen nicht, wenn es um den Profit einer Baufirma geht. Schließlich wird mit dem Schottermaterial Straßenbau vorgebracht. **Die Linke wird nach Veröffentlichung der Genehmigung durch das Landratsamt am 27. September die Gründe für die Genehmigung gründlich prüfen und darüber berichten.**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Stuttgart 21 und die Gäubahn – eine Magistrale soll gekappt werden

Seit über 100 Jahren ist die Gäubahn eine wichtige Magistrale für den Bahnverkehr zwischen der Schweiz und Stuttgart. Sie steht für zahlreiche Direktverbindungen von Italien über die Schweiz nach Stuttgart und von da aus mit Anschluss an das weitere europäische Schienennetz. Nun soll sie im Rahmen des Bahnprojekts Stuttgart 21 vom Sommer 2025 an gekappt werden.

Zunächst der aktuelle Stand der Planungen, wie von den S21-Vertragspartnern vorgesehen:

Derzeit fährt die Gäubahn über Stuttgart-Vaihingen zum Stuttgarter Hauptbahnhof. Von Süden kommend führt die Strecke vorbei am Wagenhallenquartier und dem Nordbahnhof und weiter über den so genannten Gleisbogen hinab in das Gleisfeld des Kopfbahnhofs. Dieser Abschnitt wird auch als **Panoramabahn** bezeichnet. Diese landschaftlich reizvolle Strecke dient darüber hinaus als Ausweichstrecke für die S-Bahn, wenn die Stammstrecke gesperrt ist, was im Jahr 2018 immerhin 400 S-Bahn-Züge betraf.

Im Rahmen des Bahnprojekts Stuttgart 21 wird der Schienenknoten Stuttgart neu geordnet. Dabei soll die Gäubahn künftig über den **Pfaffensteigtunnel** und den Flughafen an den Stuttgarter Tiefbahnhof angebunden werden. Die Züge fahren dann nicht mehr über den Bahnhof Stuttgart-Vaihingen und die Panoramabahn, sondern mit Halt am Flughafen in den Stuttgarter Talkessel. Eine Ausweichstrecke für die S-Bahn über die Panoramabahn existiert dann allerdings nicht mehr.

Da bei Inbetriebnahme des Tiefbahnhofs der heutige Kopfbahnhof seine Funktion verliert, kann die Gäubahn nicht mehr in den Kopfbahnhof eingeführt werden. Darüber hinaus soll bereits Mitte 2025 die neue S-Bahn-Haltestelle **Mittnachtstraße** an das Netz angebunden werden. Dafür werden Schienen zurückgebaut, auf denen derzeit noch die Züge der Gäubahn zum Hauptbahnhof gelangen.

Mit einem neuen 210 Meter langen Mittelbahnsteig wurde der Bahnhof Stuttgart-Vaihingen zum **Regionalbahnhof** ausgebaut. Ab 2025 sollen die Züge der Gäubahn hier enden, bis der Anschluss zum Flughafen fertig gestellt ist. Um in die Stuttgarter Innenstadt zu gelangen, müssen die Fahrgäs-

te dann in die S- oder U-Bahn umsteigen.

Nun soll die Panoramabahn jedoch zu einem Großteil erhalten bleiben. Von Vaihingen kommend wird sie in Höhe des Nordbahnhofs um einen neuen Halt, dem **Nordhalt**, erweitert. Reisende müssten dann allerdings mehrere hundert Meter zum Nordbahnhof zurücklegen, um von dort aus mit der S-Bahn zum Hauptbahnhof zu gelangen, neben dem Umstieg in Vaihingen eine weitere Möglichkeit, die Innenstadt zu erreichen.

Nach Inbetriebnahme des künftigen Tiefbahnhofs werden die heutigen 85 Hektar Gleisflächen frei, die die Stadt Stuttgart bereits 2001 gekauft hatte, um als „Jahrhundertchance“ auf diesem Gelände das neue **Rosensteinviertel** zu errichten.

Diese „geschönten“ Planungen der Vertragspartner führen aber auch zu massiver Kritik: Insbesondere die Anbindung der Gäubahn über den Flughafen steht auf sehr wackeligen Füßen. Ursprünglich war geplant, die Züge der Gäubahn im Mischbetrieb auf den S-Bahn-Gleisen zwischen Stuttgart-Rohr und den Flughafen zu führen. Einerseits ist das S-Bahn-Streckenprofil nicht für Fernzüge ausgelegt, andererseits dürfte dieser Mischbetrieb zu erheblichen Verspätungen führen. Ein geplanter Deutschlandtakt dürfte somit nicht realisierbar sein. Deshalb soll nun zusätzlich für eine Milliarde eine 11 km lange Tunnelstrecke gebaut werden, der sog. **Pfaffensteigtunnel**. Bis zu dessen Fertigstellung dürfte es wohl bis mindestens 2032 dauern. Der Clou aber ist, dass der Flughafenbahnhof, noch nicht einmal planfestgestellt ist. Manche rechnen deshalb mit einer Gäubahn-Unterbrechung von bis zu 20 Jahren, anstelle der bisher geplanten sieben Jahre!

Da der neue Tiefbahnhof ohnehin Kapazitätsengpässe für einen geordneten Zugverkehr aufweist, würde sich die Möglichkeit anbieten, die Gäubahn weiterhin wie bisher in den Kopfbahnhof zu führen. Dieser müsste dann allerdings in Teilen erhalten bleiben, was andererseits wiederum eine Reduzie-

rung der Bebauungsfläche für das Rosensteinviertel zur Folge hätte. Derartige Pläne wurden allerdings von der Bahn abgelehnt, ebenso wie ein von Verkehrsminister Winnie Hermann angedachter unterirdischer „Ergänzungsbahnhof“. Aber auch die Fertigstellung des Nordhaltes, des neu-



en Endpunktes der Panoramabahn, dürfte sich um einige Jahre verzögern. Die derzeitigen Planungen, Stuttgart 21 Ende 2025 vollständig in Betrieb zu nehmen, sind also nicht realistisch.

Die **Deutsche Umwelthilfe (DUH)** will gegen die geplante Kappung der Gäubahn nach der S21-Fertigstellung vorgehen und hat Klage beim Verwaltungsgerichtshof (VGH) Mannheim eingereicht, nachdem ein entsprechender Antrag beim Eisenbahnbundesamt (EBA) gescheitert war. Damit will sie erreichen, dass die Unterbrechung der Gäubahn-Anbindung auf maximal sechs Monate begrenzt wird. Sie beruft sich dabei auf den Planfeststellungsbeschluss zu S21, in dem von einer „unmittelbaren zeitlichen Folge der Bauabschnitte“ die Rede ist. Ferner ist im Planfeststellungsbeschluss festgehalten, dass auch der Fernverkehr während der Bauzeit gewährleistet sein muss, und nicht nur der S-Bahn-Verkehr. Auch dagegen werde verstoßen, so die DUH. Das Ergebnis der Klage könnte sein, dass zur Einleitung der Gäubahn ein Teil des Kopfbahnhofs weiterhin erhalten bleiben muss. Unterstützung erhält die DUH von den Bürgermeistern entlang der Gäubahn, die befürchten, dass „Millionen von Menschen durch die Abkappung eher ins Auto steigen“ würden.

Auch wir unterstützen die DUH bei ihren Bestrebungen, weshalb wir auch weiterhin

O BEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Die Jugendvertretung

Große Projekte und viel Potenzial

Vom Tag der Demokratie und den Rottenburger Frauentagen bis hin zu Teufele-Rennen und den Nachhaltigkeitswochen – Die Jugendvertretung Rottenburg ist aktiv, ideenreich und engagiert.

Frei nach dem Motto „von Jugendlichen für Jugendliche“ ist die Jugendvertretung Rottenburg (oder kurz „Juvero“) ein Gremium, das sich aus jugendlichen Vertreter*innen zusammensetzt, die über die Schulen für zwei Jahre gewählt werden. Dabei gilt: Je größer die Schule, desto mehr Vertreter*innen werden gewählt. Das Eugen-Bolz-Gymnasium beispielsweise stellt mit rund 900 Schüler*innen deshalb drei Juvero-Mitglieder, während das Paul-Klee-Gymnasium mit ca. 550 Schüler*innen zwei wählt.

Ähnlich wie Behinderten- oder Integrationsbeirat ist die Jugendvertretung ein Gremium neben dem Gemeinderat und soll dazu beitragen, die Perspektive von Jugendlichen politisch zu repräsentieren und jugendliche Wünsche und Meinungen sichtbar zu machen. Die Juvero komplementiert damit seit 2016 eine Reihe von Beiräten, die die gesellschaftliche Vielfalt Rottenburgs abbilden sollen.

In den zwei Jahren, für die die Juvero-Mitglieder gewählt werden, setzen sie dabei vielseitige Projekte um, deren Spektrum von Veranstaltungen für alle bis hin zu Projekten, die gezielt für junge Menschen umgesetzt werden, reicht. Ich selbst bin Mitglied der Jugendvertretung und möchte hier einige unserer Projekte vorstellen. Denn die Jugendvertretung ist zwar ein sehr aktives, aber teilweise unbekanntes Gremium.

Einblick in Aktionen der Jugendvertretung (2021-2023)

Begonnen hat die Amtszeit der derzeitigen Jugendvertretung mit zwei großen Highlights 2021: Dazu gehörten eine weitreichende Aktion zum Tag

der Gewalt gegen Frauen und die Durchführung der U18-Wahl über die Schulen. Für den Tag der Gewalt gegen Frauen gestaltete die Juvero Holzkreuze mit Namen und Todesdaten von Frauen, die von ihren Ex-Partnern, Ehemännern... ermordet wurden. Die Kreuze wurden dann zusammen mit Informationsmaterial zu Femiziden (Morde an Frauen aufgrund ihres Geschlechts) auf der Neckarbrücke aufgestellt. Bei der ebenfalls Ende 2021 stattfindenden U18-Wahl organisierten die verschiedenen Juvero-Mitglieder Wahlen an ihren jeweiligen Schulen. Die U18-Wahl ist dabei das Pendant zur Bundestagswahl und stellt eine Möglichkeit für junge Menschen unter 18 Jahren dar, trotz fehlender Wahlberechtigung ihre politische Meinung zu äußern und auf diese Weise die politischen Wünsche Jugendlicher abzubilden.

Anschließend an diese Großprojekte organisierte die Juvero auch 2022 aufwendige Aktionen, zu denen der Tag der Demokratie im September und die Nachhaltigkeitswochen über den Juvero-Instagram-Account gehörten. Für den Tag der Demokratie erstellte die Jugendvertretung Aufsteller mit einigen der wichtigsten Grundgesetze und bedeutenden Stützpfeilern der Demokratie. Diese stellten wir dann auf dem Rottenburger Marktplatz auf und verteilten Quizzettel mit Fragen zur Demokratie in Deutschland. Für die Nachhaltigkeitswochen erstellte die Juvero daraufhin jede Woche einen eigenen Post zu einem von der UN festgelegten Nachhaltigkeitsziel. Insgesamt kamen so 17 Posts zu den jeweiligen Zielen zusammen, die auch heute noch auf dem offiziellen **Juvero-Instagram-Account (@juve.rottenburg)** abrufbar sind.

Während die Nachhaltigkeitswochen bis ins Jahr 2023 hinein reichten, starteten wir direkt anschließend schon mit den Vorbereitungen für die nächste

Aktion: Auch bei den Rottenburger Frauentagen war die Juvero maßgeblich beteiligt. Für die Podiumsdiskussion, die jährlich am 08. März die Rottenburger Frauentage einleitet, organisierte die Juvero die Kinderbetreuung, Catering und erstellte einen aufwendigen Gallery-Walk zur Geschichte der Frauenbewegung, der anschließend auch über eine Ausstellung im Rottenburger Rathaus weiterhin öffentlich einsehbar war.

Neben einzelnen Veranstaltungen, setzten wir aber auch jährlich Projekte um: Jährlich ist die Juvero für die Durchführung des Teufele-Rennens auf dem Neckarfest zuständig. Hier verkaufen wir die Lose, organisieren zusammen mit dem Kulturamt die Preise, führen das Teufele-Rennen durch, lösen aus und vergeben die Preise, damit das Neckarfest auch weiterhin jedes Jahr durch das Teufele-Rennen bereichert wird. **Auch unser Spenden-Flohmarkt wurde aufgrund der positiven Resonanz im Vorjahr schon das zweite Jahr in Folge umgesetzt. Beim Flohmarkt 2022, der auf dem Marktplatz stattfand, spendeten wir die Einnahmen durch Standgebühren etc. an die Ukraine, während die Spenden dieses Jahr an das Kindernetzwerk Rottenburg gingen.**

Zu den Projekten der Juvero gehören aber nicht nur bereits durchgeführte Aktionen, sondern auch Projekte, die weiterlaufen. Das Jugendbürger*innengeld wird über die Juvero verwaltet, indem bei den regelmäßigen öffentlichen Sitzungen über die Bewilligung von Anträgen entschieden wird. Durch das Jugendbürger*innengeld besteht die Möglichkeit, unkompliziert Fördergeld für Projekte von Jugendlichen, bzw. für Jugendliche zu erhalten. Außerdem hat die aktuelle Juvero im Jahr 2023 einige Ideen für eine verbesserte Infrastruktur (spezifisch für Jugendliche) entwickelt, >>>

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

deren Umsetzung noch auf sich wartet. Dazu gehören z.B. ein Entwurf für einen „Nachhaltigen Jugendtreff“ in Rottenburg, der auch schon in einem Gemeinderatsausschuss vorgestellt wurde, und ein „Spielplatz für Jugendliche“.

Ausblick

Durch diese Highlights wird deutlich, dass die Jugendvertretung ein sehr aktives Gremium ist, das viele große Projekte und Aktionen umsetzt. Hinzu kommen weitere kleinere Aktionen, für deren Vorstellung der Platz hier nicht ausreicht. Neben den umgesetzten Projekten, wird für jede Jugendvertretung außerdem von der Stadt eine Reise gesponsert – **Für uns ging es deshalb für vier Tage nach Berlin!**

Doch leider hat die Jugendvertretung ein Problem: Es finden sich zu wenig Mitglieder, die sich für das Gremium aufstellen lassen und aktiv mitgestalten. Bei unseren regelmäßigen Sitzungen sind wir standardmäßig unterbesetzt und so müssen viele Projekte von wenigen Leuten umgesetzt werden. Es ist zwar umso schöner, dass trotzdem so viele Aktionen realisiert und umgesetzt werden können, aber Kommunalpolitik lebt von der Beteiligung möglichst vieler Menschen.

Deshalb sind wir alle gefragt, Jugendliche dazu zu motivieren, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Denn unsere Demokratie fußt darauf, dass es Menschen gibt, die sich ehrenamtlich politisch für unsere Gesellschaft einbringen, um verschiedene Meinungen, Perspektiven und Interessen zu repräsentieren,

bzw. diversen Entscheidungsträgern gegenüber zu kommunizieren. Und gerade die Jugendvertretung ist ein Gremium, das auf direktem Weg junge Menschen politische Beteiligung ermöglicht und viel erreichen kann. Es gibt kaum Möglichkeiten, sich auf kommunaler Ebene so sehr einzubringen, so unkompliziert Ideen und Projekte umzusetzen und dafür Geld zur Verfügung gestellt zu bekommen, wie über die Juvero.

Im Oktober diesen Jahres findet über die Schulen wieder die Wahl der Jugendvertretung statt – begeistern und animieren Sie Jugendliche, zu kandidieren!

Weitere Informationen finden Sie über Instagram (@juve.rottenburg) oder über www.rottenburg.de

Alina Lipp

Lindners großer Bluff – sein „Sparhaushalt“ Banken kassieren, Soziales wird umfangreich gekürzt

Zum wiederholten Mal kritisiert kein geringerer als der Bundesrechnungshof (BRH) den Haushaltsentwurf des Bundesfinanzministers und kritisiert ihn öffentlich des „Rechtsbruchs“ wegen einer kaschierten Neuverschuldung. Lindner hatte fast alle Ministerien zu Kürzungen in ihren Etats gezwungen, angeblich um die „Schuldenbremse“ einzuhalten.

Lindners 29 Sonderschulden

Die Tatsachen sehen anders aus: Was Lindner als „Sondervermögen“ bezeichnet, sieht der BRH als 29 „Sonderschulden“, die nicht im regulären Haushalt erkenntlich sind, allein die größten Sondervermögen haben einen Umfang von 869 Milliarden Euro, so dass die wirkliche Neuverschuldung statt 16,6 Mrd. Euro fünfmal höher ist als angegeben.

Besonders brisant wird die Vorgehensweise durch drei Aspekte: Erstens muss das Bundesverfassungsgericht in diesem Herbst noch entscheiden, ob der zweite Nachtragshaushalt 2021 von Lindner überhaupt verfassungsgemäß war. Denn 60 Milliarden Euro für Corona-Hilfen wurden nicht genutzt, aber einfach in den Klima- und Transformationsfond (KTF) verschoben.

Dieses „Verschieben“ hat Methode, da auch die 100 Mrd. Euro aus dem Son-

dervermögen Rüstung zur Finanzierung laufender Ausgaben eingesetzt werden sollen und damit die Rechtfertigung für das Sondervermögen entfällt.

Zweitens müssen Lindners Sonderschulden in den nächsten Jahre selbstverständlich zurückgezahlt werden. Schon in diesem Haushalt erhalten die Banken 39 Mrd. Euro an Zinsen. Das sind Steuergelder, die für wichtige Investitionen (Infrastruktur, Gesundheit, Pflege, Bildung) fehlen und der nächsten Generation aufgehalst werden. Ab 2028 gibt es Tilgungspflichten für Notlagenkredite und Sondervermögen von mindestens 11 Mrd. Euro, ab 2031 von ca. 17 Mrd. Euro.

Drittens dient die Verschleierung als „Sparhaushalt“ vor allem zu Sozialkürzungen. So kritisiert die AWO, dass im Freiwilligendienst rund 35.000 Plätze gestrichen werden könnten. Zudem stehe jede dritte Stelle in der Migrationsberatung vor dem Aus. Das Deutsche Kinderhilfswerk kritisiert den „Kahlschlag bei den Zuschüssen für Familienferienstätten. Der DGB deckt auf, dass im Familienministerium der Kinder- und Jugendplan um 18,6 Prozent und die politische Bildung um 21 Prozent gekürzt werden. Kein Wunder, dass Lindner die ganze Zeit die Kindergrundsicherung blockiert hat und jede „weitere“ Sozialausgabe kategorisch ablehnt.

Das Wachstumschancengesetz

Mit seinem neoliberalen „Sparhaushalt“ beschreitet Lindner den Weg von Frankreichs Präsident Macron, der die Rentenkürzungen unter Ausschaltung des Parlaments einfach als „Erlass“ durchgesetzt hatte. In Deutschland begeht diese Schockstrategie mithilfe der Propaganda vom „kranken Mann Europas“ die Ampelregierung und Landesregierungen wie in Baden-Württemberg eifern ihm nach. Das gilt besonders beim „Wachstumschancengesetz“, das das Kabinett Ende August verabschiedet hat und Unternehmen in einer Größenordnung von 32 Milliarden Euro hauptsächlich zu Lasten der Kommunen bei Investitionen „fördern“ soll. Denn diese erhalten ihre „Förderung“ zum guten Teil über Verlustabschreibungen auf vergangene und künftige Gewinne.

Das schmälert die kommunale Gewerbesteuer und erschwert eine Planung kommunaler Investitionen für die kommenden Jahre. Dabei beträgt das Investitionsdefizit der Kommunen aktuell schon 160 Milliarden Euro durch willkürliches „Sparen“ in die Infrastruktur vor Ort, in Schulen, Kitas und Pflegeheime.

Dr. Emanuel Peter

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Zementwerk Dotternhausen

Erfolg gegen Holcim und Regierungspräsidium

„Erster juristischer Sieg“ des NUZ

Erstmals haben der Verein für Natur- und Umweltschutz Zollernalb (NUZ) einen juristischen Erfolg gegen den weltgrößten Zementproduzenten Holcim und die Landesregierung, vertreten durch das Regierungspräsidium Tübingen, errungen.

Nach sechs Jahren „zäher Arbeit“, so NUZ-Vorsitzender Norbert Majer, müssen die Messdaten von Abgaswerten, die alle halbe Stunde von den Drehöfen und den Ölschieferverschmelzungen erhoben werden, öffentlich zugänglich sein. Damit können endlich die Grenzwertüberschreitungen von Holcim nachgewiesen werden, die durch völlig veraltete Filteranlagen verursacht werden und die das Regierungspräsidium Tübingen unter Führung von Klaus Tappeser mittels jahrelanger Sondergenehmigungen zu verantworten hat.

„Bevor nicht mindestens die katalysatorischen Filteranlagen SCR eingebaut sind, wird die Umwelt und die Gesundheit der Menschen weiter gefährdet“,

so Majer. Denn mit diesen Anlagen könnten 50 bis 90 Prozent der Giftstoffe aus der Verbrennung von Altglas oder alter Autoreifen herausgefiltert werden.

Die giftigen Abgase ziehen mit dem Wind entlang der Schwäbischen Alb über Balingen, Tübingen, Rottenburg und Reutlingen bis nach Stuttgart. Brisant wurde das Thema vor allem dadurch, dass Holcim die Erhöhung des Anteils an „Ersatzbrennstoffen“, wie der Giftmüll beschönigend genannt wird, von 60 auf 100 Prozent erhöhen ließ, um mit dieser erhöhten Feuerungswärmeleistung noch mehr Profit zu machen.

Noch im Dezember 2022 hatten das Aktionsbündnis Zement Tübingen und der NUZ Regierungspräsident Tappeser persönlich eine Petition übergeben, in der er aufgefordert wird, die umstrittenen Ausnahmegenehmigungen endlich zurückzunehmen.

Jetzt hat das Verwaltungsgericht Sigmaringen das Regierungspräsidium dazu verdonnert, alle Messdaten öffentlich zu machen, denn Holcim ist gesetzlich dazu verpflichtet, sie im Halbstundentakt zu erheben und fünf Jahre lang aufzubewahren. Das passiert längst im Holcim-Werk in Sehnde-Höver bei Hannover, wie Norbert Majer nachwies. Auch wenn das VG-Urteil noch nicht rechtskräftig ist, zeigt es doch einen entscheidenden Erfolg für den hartnäckigen Widerstand gegen die umweltschädliche Zementproduktion: **Menschen vor Profit!**

Verlängerter Seilbahnbetrieb

Einen Deal, neuhochdeutsch für Kuhhandel, hat Holcim für den Betrieb ihrer Seilbahn beim Regierungspräsidium (RP) Freiburg durchgesetzt: Mit dem Argument, den Betrieb an Samstag zu reduzieren, darf sie die Seilbahn jetzt wieder von 6 Uhr bis 22 Uhr zum (Lärm-)Schaden der Bevölkerung laufen lassen. Allerdings ist diese Erlaubnis bis zum 29. Oktober 2023 befristet. Bisher durfte die Seilbahn nur bis 20 Uhr in Betrieb sein und um 6 Uhr waren nur Dienstfahrten erlaubt.

Freuen wird sich Holcim über die Absicht des „grünen“ Wirtschaftsministers Habeck, ausgerechnet den größten CO₂-Verursachern Betonwerke, Stahl- und Eisenindustrie – laut Club of Rome sind diese drei Industrien für 13,5 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich - den Strompreis auf 4-6 Cent/ kWh zu senken, das wird ihren Profit drastisch erhöhen – auf Kosten unserer Gesundheit!



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“
Rottenburg

Eine Katastrophe

15. September 2023

Tübingen bildet 16 neue ErzieherInnen in praxisintegrierter Form (PiAs) aus. Ein richtiger Schritt! Dennoch fehlt weiter Personal in den städtischen Kitas, mit drastischen Folgen. Nur noch vier von 43 Einrichtungen öffnen an fünf Wochentagen bis 16.30 Uhr. Eltern reduzieren ihre Arbeitszeit oder müssen wie im letzten Jahrtausend täglich schauen, wie sie Familie und Beruf unter einen Hut bekommen. Kollege Drake von den AL/Grünen kann nicht erkennen, dass in den letzten 20 Jahren grobe Fehler gemacht wurden. Oh doch! Das Problem ist nicht vom Himmel gefallen. Verdi und GEW sind schon vor zehn Jahren Sturm gelaufen für mehr pädagogische Fachkräfte. Uns Linken wurde bei den Haushaltsberatungen im Gemeinderat der Vogel gezeigt, wenn wir höhere Ausbildungsquoten forderten. Der Rechtsanspruch kam und die Stadtbevölkerung wuchs, ohne den Bedarf ständig anzupassen.

Um die Katastrophe endlich in den Griff zu bekommen, braucht es eine Ausbildungsoffensive und eine Fachstelle Ausbildung. Das wäre besser, als 100 000 Euro ausgeben für eine fachfremde Werbeagentur. OB Palmer sollte das Problem zur Chefsache machen, statt Vorträge bei rechtslastigen Denkfabriken in Budapest zu halten.

Gerlinde Strasdeit, Stadträtin Tübingen

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Grenzenlose Gier nach Reichtum schadet Wirtschaft und Gesellschaft

Soziale Spaltung in Deutschland nimmt zu

Aktuell betreiben die Wirtschaftsverbände Schwarzmalerei, sehen Deutschland als Schlusslicht im internationalen Konkurrenzkampf und am Rande einer Rezession. Damit begründen sie ihre Forderung nach Steuererleichterungen und billigem Industriestrom.

Tatsache ist, dass das Bruttoinlandsprodukt vor allem durch fehlende „Konsumlaune“ sinkt, die Binnennachfrage – besonders beim Einzelhandel und der Gastronomie schwindet –, weil die Massenkaukraft gesunken ist. Die Reallöhne sind trotz relativ hoher Lohnabschlüsse gesunken, die Politik verhindert 14 Euro Mindestlohn, der wenigstens die enorme Inflation (vor allem bei Energiepreisen für die BürgerInnen!), und die hohen Mieten abfedern könnte. Vom „Bürgergeld“ kann sich ohnehin kaum jemand etwas kaufen, die FDP blockiert eine ausreichende Kindergrundsicherung. Das alles, weil die Industrie nur auf den Export und die internationalen Marktanteile schielt und ihr das Existenzminimum für breite Teile der Bevölkerung egal ist – dies könnte die Profite schmälern!

Subventions-Fütterung

50 Mio. Euro spendiert Hoffmeister-Kraut jetzt dem Siegerentwurf für den Innovationspark Künstliche Intelligenz in Heilbronn. Im Auswahlgremium für die vier Entwürfe saßen u.a. die Stadt Heilbronn und Vertreter der Dieter-Schwarz-Stiftung (Lidl, Kaufland). Wenn er 2026 fertig ist, sollen auf dem 23 Hektar großen Gelände Milliarden erwirtschaftet und der Reichtum einer kleinen Minderheit vergrößert werden (siehe Extra-Kasten). Für die Förderung der Internetkonzerne brüstet sich Kanzler Scholz, dem IT-Multi Intel 9,9 Milliarden für Investitionen in Brandenburg bereitzustellen. Im Ländle werden sieben Konzerne für Chip- und Halbleiterproduktion im Raum Ulm mit mehr als einer Milliarde Euro, davon 308 Mio. Euro aus Stuttgart, subventioniert. Kein Wunder, dass Lindner und Bayaz kein Geld für Pflegeheime, Krankenhäuser und Schulen zur Verfügung haben. Für eine neue Halbleitertechnik investieren die Bosch GmbH und Bosch Sensortec in den nächsten Jahren 1,8 Milliarden Euro und wollen dafür von Bund und Land 670 Mio. Euro Subventionen erhalten.

Schäden für die Wirtschaft

Seit Jahren entwickelt sich ein riesiger Investitionsstau in Deutschland, der direkt den Warentransport der Wirtschaft betrifft, weil 4.000 Eisenbahnbrücken so marode sind, dass sie ersetzt werden müssen. Marcel Fratzscher (Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung) kritisiert, dass ein Drittel aller Kommunen schon seit 20 Jahren überschuldet ist: „Die Investitionslücke bei den Kommunen belief sich bereits vor dieser Krise auf 160 Milliarden Euro.“



Die Klagen über fehlende Fachkräfte sind Legion, weil unsere Kinder in Kitas und Grundschulen nicht genügend gefördert werden: Überfüllte Klassen, veraltete Gebäude, fehlende Sprachförderung für Integration. Der Personalmangel in diesem „schlanken Staat“ ist gewollt, führt zur Politikverdrossenheit und zum Ausweichen auf Privatschulen wie jetzt in Reutlingen.

So sind viele Kommunen gezwungen, immer neue Flächen für Gewerbegebiete zu versiegeln, um wenigstens ein paar Einnahmen für ihren Haushalt zu generieren. Oder sie erhöhen die Elternbeiträge für Kitas, die wie in Rottenburg mit 8,5 Prozent höher sind als die allgemeine Inflation. Dies trägt zur wachsenden sozialen Spaltung der Gesellschaft und zum Politikverdrossenheit bei.

Reichtum: Einfluss und Macht

Aktuell will der „grüne“ Wirtschaftsminister Habeck den Strompreis für „energiehungrige Betriebe“ auf sechs Cent senken – sie würden subventioniert durch Steuern und höhere Preise für die Normalverbraucher. Dies zeigt den politischen Einfluss der reichen Minderheit auf Regierungsentscheidungen nicht zum ersten Mal. Legendar ist, dass Bankenvertreter nach dem Crash 2008/09 Gesetzesvorlagen für die „Verhinderung“ neuer Finanzkrisen schrieben. Nach dem Skandal um den Tönnies-Schlachthof setzte die Fleischlobby viele Ausnahmen für ausländische Leiharbeiter und Werkverträge mit Sub-Sub-Unternehmen durch. Kein Wunder: Im „Branchengespräch Fleisch“ von Ex-Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner sitzen zufällig Konzernchef Tönnies und CDU-Agrarministerin Otte Kinast, Landwirtin in Niedersachsen. CDU-Agrarminister Peter Hauck (Baden-Württemberg) protestierte im Mai 2020 scharf gegen ein Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit auf Kosten unserer Gesundheit und der ihrer Leiharbeiter, als 399 Corona-Infizierte unter den 1.100 Beschäftigten von Müller-Fleisch in Pforzheim entdeckt wurden. Das neue „Wachstumschancengesetz“ der Bundesregierung schaufelt den Konzernen 32 Milliarden Euro zu, vor allem die Kommunen sollen die Kosten schultern!

Fazit: Die gesamte Entwicklung unserer Gesellschaft wird durch die Reichtumsanhäufung einer kleinen Minderheit geschädigt. Diese Leute in ihrer Parallelwelt müssen endlich durch eine Vermögenssteuer für die Bewältigung der Krisenkosten, die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur und für den ökologisch-sozialen Umbau (Klimazerstörung) zahlen – die Gesundheit von uns, unseren Kindern und Enkeln, die Schutzgüter Mensch und Natur müssen Vorrang haben vor immer höheren Profiten. Eine Vermögenssteuer ist eine Landessteuer, kommt also direkt den Kommunen zugute. Dafür werden wir auch bei allen Haushaltsberatungen eintreten.

Dr. Emanuel Peter

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Unterschiedliche Wahrnehmungen oder falsche Wahrheiten?

Der Zeitungsbericht im Schwäbischen Tagblatt zur jüngst abgehaltenen Einwohnerversammlung in Frommenhausen vom 6.07.2023 trägt den Untertitel „Unterschiedliche Wahrnehmungen prallen aufeinander.“ und stellt die Situation rund um die beantragte Steinbruch Erweiterung in Frommenhausen auf den ersten Blick gut dar.

Die einen sehen die unwiederbringliche Zerstörung ihrer Heimat, die anderen sehen ein wichtiges Interesse der Öffentlichkeit im Rohstoff Stein für die regionale Wirtschaft. Doch sind die Wahrnehmungen wirklich so unterschiedlich?

Längst sind die BürgerInnen d'accord mit der Tatsache, dass in ihrer näheren Umgebung sich ein Steinbruch befindet und viele sind sich sogar über die Vorteile im Klaren und dankbar dafür. Nur wenige stehen generell einer Erweiterung komplett entgegen.

Doch wieso regt sich dann seit Jahrzehnten immer Widerstand gegen die geplanten Steinbruch Erweiterungen und dass nicht nur in Frommenhausen sondern in ganz Baden-Württemberg? Gibt man in eine Internetsuchmaschine „Steinbruch BW Kritik“ ein, erscheinen etliche Artikel von unterschiedlichen Bürgerbewegungen die sich gegen die Erweiterung eines Steinbruchs in ihrer Heimat aussprechen.

Die landespolitische Zielsetzung für die regionale Rohstoffversorgung setzt eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen im Hinblick auf die Reduzierung der schädlichen Umwelteinwirkungen voraus. Dies gelingt am besten, wenn keine neuen Steinbrüche erschlossen werden, sondern bestehende komplett ausgeschöpft werden. Dieses Ziel wird mir aller Konsequenz im Verwaltungsapparat von oben bis nach unten dirigiert. Vom Regierungspräsidium bis zum Landratsamt.

Zusätzlich führt das Konzept der Landesregierung aber auch in einem Punkt ausführlich auf, wie wichtig dabei die Akzeptanz in der Bevölkerung ist. Dieses Ziel scheint jedoch gemessen an den Zeitungsartikel in weiter Ferne zu liegen. Es scheint sogar aufgrund dem Ignorieren zahlreicher Briefe unserer BI an die MinisterInnen des Landes keinen großen Stellenwert zu haben.

Ich persönlich sehe allein den Fehler in der Politik, denn statt den Bürgerinnen in der Basis bei Erweiterungen zu integrieren und ihre Bedenken aufzugreifen, um nach Lösungen zu suchen, wird erst von Oben nach unten durch diktiert und ganz zum Schluss darf der Bürger im immissionschutzrechtlichen Verfahren gegen einen Antrag einer Erweiterung rechtliche Einwände erheben. Dabei ist die Sache jedoch längst entschieden.

Auch die Beschwichtigung der Genehmigungsbehörde alle Einwände würden sorgfältig geprüft stimmen nur bedingt. Was nützen Regale voll mit Ordnern, wenn in den entscheidenden Punkten gegen die BürgerInnen und Gemeinden entschieden wird?

Statt mit fundierten Tatsachen und sachlichen Argumenten die Diskussion zu führen, streuen kommunale Vertreter bewusst oder unbewusst immer wieder falsche Wahrheiten,

um die eigene Position zu beschönigen und die Gegenseite zu schwächen.

Beispiel: Von Orts-, Stadtverwaltung und einigen Fraktionen wird immer wieder davon gesprochen das VGH Baden-Württemberg hätte 2020 die Regulierung der LKW-Fahrten durch das LRA in der Genehmigung von 2012 als rechtswidrig erklärt.

Ein Gericht trifft seine Entscheidung in einem Urteil, dieses Urteil heißt im vorliegenden Fall: „Der Antrag der Klägerin [Bau-Union] auf Zulassung der Berufung gegen das Urteil des VG Sigmaringen vom 19.06.2019 [...] wird abgelehnt.“ Was dann im Urteilstext folgt ist lediglich eine Urteilsbegründung mit einer Rechtsansicht eines Richters – ein sog. „Obiter Dictum“ und kein Rechtspruch!

Ich möchte nochmal betonen. Kein Gericht hat bisher eine Regulierung der LKW-Fahrten zu Gunsten der Gesundheit der Anwohner in Hirrlingen und Frommenhausen für rechtswidrig erklärt. Im Gegenteil, die im „Obiter Dictum“ ausgelegte Rechtsansicht ist für den konkreten Fall nur bedingt anwendbar. Im Regelfall ist die 500m Radius Grenze für die Zurechenbarkeit des Anlagen-Ziel-Verkehrs des Steinbruchs als strikte Grenze zu verstehen, aber kein Gericht hat bislang überprüft, ob ein Umstand vorliegt, der eine Sonderfallprüfung rechtfertigt, die ebenfalls Bestandteil des Gesetzestextes TA Lärm ist.

Wir haben kein LKW-Verkehr zwischen Frommenhausen und Hirrlingen der Supermärkte, Speditionen oder andere Firmen beliefert. Der LKW-Verkehr ist auf diesem Straßenabschnitt kein üblicher Straßenverkehr, das ist ein Anlagen-Ziel-Verkehr der unmittelbar klar einer immissionschutzrechtlichen Anlage zugewiesen werden kann und an der ersten relevanten Messstelle zu unzumutbaren Steigerung von negativen Auswirkungen auf das Wohlbefinden des Menschen führt und deshalb reduziert werden muss!

Wird dennoch behauptet ein Gericht hätte es als rechtswidrig erklärt, ist das dann bewusste Täuschung der Öffentlichkeit oder nur fehlende Kompetenz?

Wenn selbst Aussagen aus dem Jahr 2015 über eine vertragliche Regelung bis 2034 von 220 Fahrten/Tag nicht mehr durch ein Kontrollgremium wie dem Ortschafts- bzw. Gemeinderat kontrolliert werden kann, wie können BürgerInnen dann durch diesen Vertrauensverlust noch weiter diese Rohstoffpolitik akzeptieren?

Ja, es ist und bleibt ein komplexes Thema mit vielen offenen Punkten, gerade deshalb sollte es nicht auf sieben kurze Punkte in der Öffentlichkeit heruntergebrochen werden. Sondern im Dialog zwischen BürgerInnen, Bürgerinitiativen und den Gremien erörtert werden. Problem nur, wenn ein Miteinander stehts propagiert, jedoch nicht gelebt wird und eine Einladung bis heute ausbleibt. Denn wahrscheinlich kommt auch die nächste Erweiterung und statt mit den BürgerInnen über ein Konzept zu sprechen, bleibt bislang der runde Tisch zwischen allen Beteiligten leer.

>>>

Zusammengefasst, ich bin der Meinung, regionale Rohstoffversorgung, Anwohnerschutz, Naturschutz, Wettbewerbfairness und Kultur- bzw. Denkmalschutz ist gleichzeitig möglich.

Ich finde es als heranwachsender Mensch schade, wenn andere Mitmenschen nur die regionale Rohstoffversorgung für die Wirtschaft sehen, statt die ebenfalls offene sozialpolitische Punkte zu berücksichtigen.

Gerade diese sozialpolitische Themen vertreten in den Gremien immer weniger Fraktionen konsequent oder um es in den Worten des Bundesfinanzministers zu sagen: „Wer aus sozialpolitischen Gründen mit der gegenwärtigen Politik unzufrieden sei, müsse nicht die AfD wählen. [...] (Man) könnte [...] noch die Linkspartei wählen.“

Deshalb engagiere ich mich weiter mit meinem Mitmenschen für ein friedliches, nachhaltiges und soziales Zusammenleben.

Ich würde mir nur eins wünschen, dass noch mehr Fraktionen (nicht nur die LINKE und FAiR) in der Kreisstadt Rotenburg sich ihrer Verantwortung bewusst werden und ihre Kompetenz nutzen, um eine Bürgernahe Politik zu etablieren, statt der Allgemeinheit die Verantwortung zu zuspielen.

Ich sehe genau darin die Ursache für die fehlende Akzeptanz. Es gibt zu viele offene Punkte die nicht von Verwaltung und LRA im Sinne der BürgerInnen und des Rechts ausgelegt werden, sondern durch falsche Wahrheiten als bereits entschieden und nicht mehr möglich dargestellt werden, die uns BürgerInnen einschüchtern soll

Im Gegenteil, selbst in der Urteilsbegründungen wird betont, es handelt sich um kontroverses

Es sind genau diese falsche Wahrheiten, um nicht bewusstes Lügen zu unterstellen, die die BürgerInnen bemerken und aufdecken, die zu einer Ablehnung führen.

Ich bin der Ansicht die BürgerInnen akzeptieren Steinbrüche doch lehnen klar die kapitalistische Politik dahinter ab.

Gastbeitrag: Aaron Wagner

Kurz und bündig

15 Millionen Beschäftigten droht Altersarmut

Während 59,6 Prozent der Männer einen Stundenlohn von maximal 20 Euro haben, sind es bei Frauen 73,2 Prozent. Fast 45 Prozent von ihnen bekommen nicht mehr als 14 Euro die Stunde - liegen also im gefährdeten Bereich für Altersarmut und das selbst trotz 45 Jahren Vollzeitbeschäftigung. Um auf die Altersbezüge von 1.500 Euro zu kommen, müssen Beschäftigte aktuell bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden 45 Jahre lang gearbeitet und rechnerisch einen Stundenlohn von 20,78 Euro erreicht haben - das entspricht einem Bruttomonatslohn von 3.602 Euro. Der Fraktionsvorsitzende der Linken Dietmar Bartsch hält das für ein Alarmzeichen: "Die Geschichte vom Hochlohnland Deutschland ist für viele Erwerbstätige eine Mär. Wir haben sowohl ein gewaltiges Lohnproblem als auch eine Schieflage der Verteilung des erwirtschafteten Wohlstandes." Er forderte deshalb eine Anhebung des Mindestlohns auf 14 Euro in der Stunde.

Zahl der armen Rentnerinnen und Rentner steigt

Im Dezember letzten Jahres bezogen 660.000 Personen Grundsicherung im Alter. Das sind 12 Prozent mehr als im Vorjahr. Durch die hohe Inflation gerade von Grundnahrungsmitteln konnten sie ihren Lebensunterhalt nicht durch ihre Rente decken, so dass ihre Zahl allein von September bis Dezember 2022 um 11.000 stieg. Doch nicht nur die Inflation trug dazu bei, sondern auch der wachsende Anteil von Beschäftigten im Niedriglohnsektor.

Gleichzeitig wuchs der Reichtum der Milliardäre im Ländle. Deutschlands reichster Mann ist Dieter Schwarz (Heilbronn) mit fast 39 Milliarden Euro. Ihm gehören Lidl und Kaufland. Schraubfabrikant Reinhold Würth (Künzelsau) verfügt über fast 27 Mrd. Euro. Hasso Plattner (Heidelberg) bezieht seinen Reichtum von 7,8 Mrd. Euro aus den IT-Erfindungen seiner Beschäftigten. Die fünf Mrd. Euro von Ludwig Merckle (Ulm) haben ihren Ursprung von HeidelbergCement.

Für sie alle gilt der Spruch des armen Manns, der einen reichen Mann trifft: Wäre ich nicht arm, wärest du nicht reich! (frei nach Bertolt Brecht)

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Rottenburg erwartet schwierige Haushaltsberatungen

Finanzminister Bayaz (Grüne) plündert Kommunalhaushalte

Jedes Jahr ist es dieselbe Leier, wenn es im Haushalt um soziale und Bildungsprojekte geht. Schon im Mai machten die Jungen Aktiven (JA) populistisch Stimmung: Wegen der Kostensteigerung für die Sporthalle im Kreuzerfeld werden künftig Projekte „aufgrund der Kostensteigerung dieser Halle (!) nicht realisierbar sein“. Das ist ein direkter Angriff auf den Schulsport von Real- und Grundschule im Kreuzerfeld sowie auf den Vereinssport in Weiler! Die jahrelange Verschleppung notwendiger Investitionen hat die Kosten für Material und Arbeitslöhne erhöht und wurde mitgetragen von den JA, genauso wie die Millionen für die Verunstaltung des Schänzle, die Digitalisierung der Schulen usw.

Auch Kämmerer Meßmer blickt in die finanzielle Glaskugel der nächsten Jahre. Für dieses Jahr erwartet er Mehreinnahmen von fast vier Mio. Euro dank der sprudelnden Gewerbesteuer (plus 5 Mio. mehr) – auch ein Verdienst der Linken, durch die der veraltete Hebesatz nach 20 Jahren endlich angehoben und die Konkurrenz zwischen den Kommunen um Gewerbeansiedlung gedämpft wurde. Für die nächsten Jahre soll es laut „Prognose“ (!) nach unten gehen.

Ursachen für Finanzlöcher in Kommunen

Seit Jahren wälzt die Landesregierung die Kosten von rund einer Milliarde Euro für die Schuldigitalisierung auf die Kommunen ab und verweigert einen Kompromiss für die Folgekosten über 760 Mio. Euro für Wartung, Support und Geräte-Ersatz. Das ist eine klare Verletzung des Grundsatzes „Wer bestellt, der bezahlt“ (Konnextität). Für Rottenburg bedeutet das auf jeden Fall alle fünf Jahre eine gleichzeitige und vollständige Erneuerung aller Geräte. Zu den geschätzten 760.000 Euro kommen jährliche Kosten für Wartung und Support von gut 200.000 Euro hinzu, d.h. das dicke finanzielle Ende für Rottenburgs Haushalt kommt erst noch – für CDU und ihre Jungschar JA kein Thema!

Weitere Ursache sind die Subventionen von Hoffmeister-Kraut für die Wirtschaft. Nicht nur der Du-bai-Pavillion für 15 Mio. Euro, sondern mal kurz 3,2 Mio. Euro für das Forschungsprojekt des Bio-logicals-Development Centers (Reutlingen/ Tübingen), Millionen für die Impfstoffkonzerne (Bion-tech) aus unseren Steuergeldern ohne jegliche Aufla-

gen für Rückerstattung! Schon 2021 hatte die Wirtschaftsministerin des Ländle 150 Mio. für Start-Ups spendiert und dann in der „Fortschreibung“ noch einmal 200 Mio. Euro. Verständlich, dass das Land deshalb die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung gegen den Protest der Kommunen auf diese abwälzen will – man und frau kann den Euro nur einmal ausgeben.

Üble Rolle von Bayaz

Zum wiederholten Mal kritisiert der Landesrechnungshof (LRH) des Ländle den grün angehauchten Finanzminister wegen der Landesbeteiligung an den Regionalflughäfen Friedrichshafen (5,74 Prozent) und dem Flugplatz Mannheim (25 Prozent), die den Klimazielen von CDU und Grünen im Koalitionsvertrag offen widersprechen. Der LRH fordert den Verkauf beider Beteiligungen.

Noch schärfer fällt die Kritik des LRH an den enormen „Ausgabenresten“ von Bayaz aus. Dies sind Mittel, die der Landtag genehmigt, aber nicht im Haushaltsjahr ausgegeben hat. Zu Beginn der Regierungszeit von Kretschmann 2011 betragen diese Reste 1,6 Milliarden Euro, für 2022 sind sie auf 9,6 Mrd. Euro angewachsen und betragen fast ein Viertel aller Haushaltsmittel, die keine Personalkosten sind. Ein Unding, weil ein Großteil dieser Reste laut Rechnungshof ohne entsprechende Verträge oder Bewilligungsbescheide gedeckt ist: „Einer Restebildung hätte es weder bedurft noch war sie zulässig.“ Offensichtlich sollen diese Reste ohne Beratung im Landtag nach (politischem) Gutdünken ausgegeben werden und brechen damit das Haushaltsrecht des Parlaments! Aber Bayaz will Bundesfinanzminister Lindner in Nichts nachsehen, der seinen Haushalt mit zahlreichen Tricks geschönt hat, obwohl er kürzlich noch ein 20 Mrd.-Loch aufwies.

DIE LINKE fordert, dass nicht begründete Ausgabenreste der Landesregierung an die Kommunen für deren Daseinsvorsorge (Pflege, Krankenhäuser) sowie für Kitas und Schulen und deren Personal ausgegeben werden müssen, statt diese Kosten auf die nächsten Generationen abzuwälzen!

Dr. Emanuel Peter

Obszöner Reichtum einer kleinen Minderheit wächst

Es ist pervers: Die fünf reichsten Deutschen haben mehr Vermögen als 50 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen, d.h. mehr als 42 Millionen Menschen. In diesem Jahr werden rund 75 Milliarden Euro an Aktienbesitzer ausgeschüttet – alles ohne eigene Leistung von ihnen! Diese neue Rekordsumme verbessert die Bestmarke von 2022 noch einmal um neun Prozent. Allein die DAX-Aktionäre sacken etwa 53 Mrd. Euro ein. So ist die Zahl der deutschen Einkommensmillionäre um 1.200 gestiegen. Eine Reichensteuer müssen aktuell nur 114.500 Bürger und Bürgerinnen zahlen, 2.200 mehr als im Jahr zuvor. Allein die deutschen Milliardäre verfügen laut Forbes-Liste über ein Vermögen von 103 Milliarden Euro. Kursgewinne an den Aktienmärkten und die gestiegenen Zinsen lassen erwarten, dass das nominale Geldvermögen um etwa sechs Prozent auf fast 7,9 Billionen Euro zulegen werde,

Das „Ländle“ ist eins der reichsten Pflaster Deutschlands, angefangen von Dieter Schwarz (Heilbronn), dem mit fast 39 Mrd. Euro Handelsketten wie Kaufland und Lidl gehören, Schraubenmilliardär Reinhold Würth (Künzelsau) mit rund 27 Milliarden, SAP-Gründer Hasso Plattner (Heidelberg) mit etwa acht Milliarden. Die fünf Milliarden Euro von Ludwig Merckle (Ulm) stammen aus dem Heidelberger Cement usw. Die Produktion Zement, Stahl und Eisen verursacht 13,5 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen bei steigender Nachfrage (Club of Rome, 2022). Insgesamt erhielten 2019 laut Statistischem Landesamt 4.251 Personen ein Einkommen von mehr als einer Million Euro mit einem Gesamtbetrag ihrer Einkünfte von 11,9 Milliarden Euro – jährlich!

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Corona - hoffentlich ein Nachwort

Oder: Glücklich ist, wer vergisst?

Neigen Sie auch zu schnellem Vergessen - vor allem bei unangenehmen Ereignissen? Können Sie mit dem Begriff „Inzidenzwerte“ noch etwas anfangen?

Erinnern wir uns noch an das Verbot gemeinsamen Gesangs im Gottesdienst, an die Absperrbänder zwischen den Kirchenbänken, wie viele Jubiläumsfeiern von Vereinen und Einzelpersonen verboten waren, dass Gesangs- und Musikproben untersagt waren, dass Veranstalter mit sogenannten „Hygienekonzepten“ gequält wurden. Erinnern wir uns noch an 3G (geimpft, genesen, getestet und zwar tagesaktuell)? Erinnern wir uns noch der Besuchsverbote in Altenheimen, Kliniken und des Verbots Sterbende zu begleiten?

Erinnern wir uns noch an die denunziantischen Nachbarn, die die Besucher zählten, um sie dann den Ämtern zu melden, an die besorgten Mitbürger, die uns auf das Abstandsgebot hinwiesen und darauf, dass unsere Maske nicht richtig sitze?

Es ist eine nahezu unvorstellbare Leistung, dass der „Vereinsbetrieb“ nach all den Einschränkungen wieder in Gang gebracht wurde. Auch daran ist zu ermesen, welche Entbehrungen den Aktiven aufgedrückt wurde.

Neu entdeckte Virenstämme umzingeln uns. In Großbritannien, der Schweiz, in Dänemark, Portugal, den USA und in Israel wurden neue Stämme entdeckt. In Deutschland offiziell noch nicht. Vielleicht wartet man, bis die Produktion von Impfstoffen angelaufen ist, die Werbung dafür vorbereitet wurde und die Angst in der Bevölkerung groß genug inszeniert wurde, damit man sich impfen lasse.

Beim Auftauchen von Corona konnte man sich noch mit Nichtwissen herausreden, damit dass man einfach nichts wissen konnte über das neue Virus, das einem Labor in Wuhan entschlüpft sein soll oder freigesetzt wurde, oder von Fledermäusen übertragen wurde oder ... Kann man das nicht klären oder will man das nicht klären?

Einen Anspruch auf einen kostenfreien Coronatest gibt es nicht mehr. Der Arzt entscheidet nach festgestellten Symptomen, ob ein von der Kasse zu zahlender Test angesagt ist. Testen ist Privatsache - auf in den Drogeriemarkt oder in die Apotheke! Wiederholtes testen wird empfohlen, denn in der Anfangs-

phase einer Infektion fallen die Tests oft fälschlicherweise negativ aus. Die Tests scheinen nicht so empfindlich zu sein. Also beim Kauf nicht an der Menge sparen. Der Drogeriemarkt und die Apotheke wird Ihnen danken.

Von Risikogruppen ist wieder die Rede. Alle, die über 60 Jahre alt sind, gehören dazu, ebenso Pflegepersonal, Risikopatienten und deren Angehörige.

Von Auffrischungsimpfungen ist wieder die Rede. Und die Gripeschutzimpfung nicht vergessen!

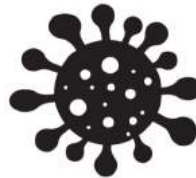
Denken Sie daran, sich einen „staatsfinanzierten“ Biontech-Impfstoff spritzen zu lassen, denn den zahlen Sie ja nicht, den zahlt der Staat. Und wer finanziert den Staat?

Was hat uns *die* Wissenschaft vorgegaukelt, zugemutet? Wo war die (ergebnis-)offene wissenschaftliche Diskussion? Wo der Austausch von Meinung und Gegenmeinung? Belegbare Erkenntnisse wurden durch fragwürdige „Modelle“ ersetzt. „Ich glaube daran, dass es stimmt!“ was das Credo. *Die* Wissenschaft wurde zum Großteil zum Büttel der Politik. Diejenigen, die nicht mitgemacht haben, wurden diffamiert.

Und die Mainstreammedien haben mitgemacht. Unkritisch haben sich zu Helfershelfern der Politik gemacht. Vernebelt durch die Einnahmen aus teuren Staatsanzeigen? „Kritische“ Medien wurden niedergemacht. „Medien, die vierte Gewalt“ - man konnte nur noch sarkastisch darüber lachen. Und wieder scheinen sie die Rolle der hörigen staatlichen Informationsvermittler zu übernehmen.

Die Grundrechte wurden geschändet. Unter dem Deckmantel einer sehr zu hinterfragenden „Volksgesundheit“ wurden sie in einer Weise eingeschränkt, wie man es sich vorher nicht vor stellen konnte. Erinnern Sie sich noch an die Lockdowns, das Einsperren, das Wegsperrern.

Bestehen wir auf *unseren* Grundrechten. Benennen wir die wirklichen Demokratiefeinde, die unsere Freiheiten einschränken wollen, und lassen wir uns nicht ablenken durch den Hinweis auf irgendwelche Demokratiefeinde und Populisten und Antisemiten und Schwurbler und ... in der Provinz und in den Zentren.



Fühlen wir den Panikmachern auf den Zahn, hinterfragen wir die Argumentation der Angstmacher. Stellen wir uns selbstbewusst gegen eine Massenhysterie. Fragen wir die willfährigen Mitmacher weshalb sie das tun. Halten wir ihnen zu Gute, dass sie einfach überfordert waren und bei einer Wiederholung überfordert sein werden und nicht anders können. Aber machen wir ihnen klar, dass sie sich mitschuldig gemacht haben. Mitschuldig woran? An den Auswirkungen der Maßnahmen, die immer deutlicher werden.

Die Schließung von Kindergärten und Schulen waren grobe Fehler. Unwidersprochen wird dies inzwischen anerkannt. Erinnern wir uns, dass es schon damals Warner gab. Sie wurden niedergemacht. Sie haben sich mitschuldig an den vom Impfen Geschädigten, am Tod von Menschen, die sich dem politischen Druck der Massnahmen gebeugt haben bzw. beugen mussten aus Angst ihre Existenz zu verlieren.

Seien wir vorbereitet auf das, was sich bereits andeutet: die medial vermittelte Grippewelle, die zu einer Coronawelle anschwellen wird, der man nur - wie gehabt - durch Freiheitseinschränkungen begegnen kann. Fragen wir, ob es eines „väterlichen, betreuenden“ Staates bedarf, der uns gängelt anstatt uns Eigenverantwortung zuzutrauen. Es gab Staaten, die ihren Bürgern diese Eigenverantwortung zubilligten und die nicht schlecht damit gefahren sind.

Dürfen wir mit der Aufarbeitung des Coronageschehens rechnen? Ich glaube nicht, denn zu viele haben mitgemacht mit der Behauptung nur „Gutes“ gewollt zu haben und sich heute mit dem bereits genannten „Nichtwissen“ herausreden. Aber: Man hätte wissen können, wenn man hätte wissen wollen!

In Brandenburg tagte bereits ein Untersuchungsausschuss „Krisenpolitik der Landesregierung“. Als Zeugen traten u.a. der ehemalige RKI-Chef Dr. Lothar Wieler und eine ehemalige Mitarbeiterin des Paul-Ehrlich-Instituts auf. Von ihren Dienstherren erhielten sie nur eingeschränkte Aussagegenehmigungen. Manche Fragen wurden als nicht zulässig erklärt. Bei manchen Fragen berief sich Wieler auf Gedächtnislücken und Nichtwissen. Solche „Untersuchungsausschüsse“ sind eine Verhöhnung der Bürger.

Norbert Kern, Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Auf eines Neues Kommt da was mit C?

„Die Zahl der Infektionen mit Corona steigt, jedoch noch auf niedrigem Niveau.“ - Was soll ich mit dieser Information? Soll ich mich ängstigen oder soll es mich beruhigen?

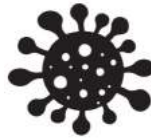
Wahrscheinlich beides. Zum einen soll es mir Angst machen, damit ich allen einschränkenden Maßnahmen willig folge und freiwillig eine Impfung für gut halte, zum anderen soll es mich beruhigen, denn so schlimm wird es nicht kommen, zumal wenn ich nicht zu einer sogenannten Risikogruppe gehöre. Nahezu beruhigt lehne ich mich zurück.

Aber es lauert ja nicht nur Corona, die „alte“ Grippe droht auch noch. Eine Infektionswelle hinter der anderen wird uns überrollen. Das gesamte Gesundheitswesen wird unter der Überlast ächzen, wenn nicht zusammenbrechen. Coronavariante nach Coronavariante nach Coronasubvariante wird uns heimsuchen: XBB.1.5, BA.2.86, EG.5, BA.1, BA.5 ... Bis die Variante XYZ.007 nicht gefunden wurde, wird der forschende Geist nicht aufhören zu suchen und zu finden und die Pharmaindustrie von Biontech, Pfizer, Moderna, Novavax und Werweissnichtwer sowie nicht ermüden, den Profit ver-

goldende Gegenmittel anzupreisen.

Wie schön war es, als es im Dschungel der Varianten noch merkmögliche Namen gab: Omikron und Delta, aber Pirola und Eris sind leicht zu merken. Leider konnte man sich nicht darauf einigen, leicht zu merkende Variantennamen einzuführen. Ich denke da an schöne Mädchen-namen wie Karin, Katrin, Suse, Maria, Emma ... Wie schön würde es sich anhören, wenn man sagen könnte „Ich bin an Cäcila erkrankt“ oder auch in der Apotheke „Haben sie was gegen Frieda?“

Zwischen beruhigenden und beängstigenden Nachrichten bin ich hin- und hergerissen. Beruhigend finde ich, dass man sich zukünftig auch in (manchen) Apotheken wird impfen lassen können und dass somit diese hässlichen, das Stadtbild verschandelnden Häuschen nicht mehr im Weg stehen und die Panik verursachenden Menschenschlangen davor fehlen. Beunruhigend finde ich, dass es noch keine Kombi-Impfe gegen Grippe und gegen Corona geben soll. Aber der Picks war vielen eine Art Erlösung. Also: Doppelter Picks zwei-



fache Erlösung. Aber: Der einfache Stich in den Arm soll für einige gar keine Linderung gebracht haben. Sie haben jetzt Long Covid. Oder ist es Post-Vac?

Nicht beruhigen kann mich, dass es mir im Laufe des Winters nicht leicht sein wird, mein Krankheitsbild definitiv zu klären. Was habe ich, wenn ich Kopfschmerzen, Fieber, Halsweh, Gliederschmerzen, Müdigkeit, Atemnot, Geruchs- und Geschmacksschwäche, Konzentrationsstörungen und depressive Verstimmungen habe. Mehr als Hunderte von Symptomen werden Post-Vac und Long-Covid zugeordnet. Habe ich nur Grippe oder nur einen schlechten Tag? Oder sind das Vorzeichen des letzten Stündleins?

Für mich und für Biontech freut es mich, dass der Impfstoff von Biontech (der neue) vom „Bund“ bezahlt wird, mich freut es auch, dass die Impfung selbst von den Krankenkassen übernommen wird. - Nach kurzem Nachdenken frage ich mich: Wer liefert das Geld für den „Bund“ und die Krankenkassen? - Bin vielleicht auch ich das, oder nur mein Nachbar?

Norbert Kern, Wendelsheim

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Termine:

- ◇ **Infostand von DIE LINKE**
- ◇ **Samstag, 23. September 2023**
- ◇ **10 - 12 Uhr, Metzelpatz**

- Bitte Ort und Zeit (Donnerstag!) beachten -
Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
28. September 2023
19.00 Uhr, AWO-Heim, Ehinger Platz 7

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**
facebook.com/solid-rottenburg-a.n.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an
Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion und Gestaltung
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75
72108 Rottenburg - Wendelsheim



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg